

Abonnementspreis: Im ganzen deutschen Reich: Ausserhalb des deutschen Reichs tritt Post- und Stempelaufschlag hinzu.

Dresdner Journal.

Insertionsannahme anvertraut: Leipzig: Fr. Brödel, Commissionär des Dresdner Journals; ebenda: Eugen Forst u. B. Freyer; Hamburg-Berlin-Wien-Leipzig-Basel-Breslau-Frankfurt a. M. Haasenpfeil & Vogler.

Verantwortlicher Redacteur: Commissionär J. G. Hartmann in Dresden.

Amtlicher Theil.

Dresden, 3. November. Seine Majestät der König haben zu genehmigen geruht, daß der Kammerherr, Ceremonienmeister von Hellendorff das von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzoge von Sachsen-Weimar ihm verliehene Comthurkreuz des Ordens der Wachsamkeit oder von weißen Falken annehme und trage.

Dresden, 24. October. Se. Majestät der König haben dem emeritirten Cantor und 1. Rathssecretär Johann Gottlieb Kränkel in Freiberg die goldene Medaille vom Verdienstorden zu verleihen geruht.

Dresden, 29. October. Se. Majestät der König haben dem Kirchschullehrer Maximilian Leipzig in Großhesseln die goldene Medaille vom Verdienstorden zu verleihen geruht.

Bekanntmachung.

eine Neuwahl für den Landesculturath im dritten Wahlbezirk betreffend.

Nachdem der jetzige Abgeordnete des 3. Wahlbezirks zum Landesculturath wegen Beurlaubung sein Mandat niedergelegt hat, ist in Gemäßheit § 5 des Gesetzes, die Reorganisation des Landesculturaths betreffend, vom 9. April 1872 für den bezüglichen Wahlkreis die Neuwahl eines Abgeordneten zu bewirken.

Das Ministerium des Innern hat beschlossen, diese Neuwahl in der Zeit bis Mitte des nächsten Monats vornehmen zu lassen und die Ritterschultheißer H. Schiermeyer auf Gunnersdorf bei Ritz zu Wahlcommissionär ernannt.

Der gedachte 3. Wahlbezirk umfaßt, nachdem die Aufhebung der Gerichtsämter Schönfeld und Moritzburg durch Bekanntmachung resp. vom 7. Februar und 1. October vorigen Jahres (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 207 und 521) erfolgt ist, die Gerichtsämter Stadburg, Wilsdruff, Köhlen, Dresden, Nadeberg, sowie die von dem damaligen Gerichtsamt Schönfeld an das Gerichtsamt Pirna überwielenen Ortlichkeiten Bennwitz (mit Bennwitzer Grund), Eschdorf, Köfendorf, Köfendorfschen und Wilschendorf (nebst Werwerk), endlich die von dem damaligen Gerichtsamt Moritzburg an das Gerichtsamt Weichen überwielenen Ortlichkeiten Gadowitz (mit Spitzgrund und Kreiern), Neu-Gadowitz, Köhlig und das Kreier Forstrevier.

Dresden, den 3. November 1874.

Ministerium des Innern.

Für den Minister: Schmidt.

Nichtamtlicher Theil.

Telegraphische Nachrichten. Berlin, Donnerstag, 5. November, Nachmittags. (Tel. d. Dresdner Journ.) In der heutigen Sitzung des Reichstags fand zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs über den Landsturm statt.

Der Kriegsminister v. Kamme bezeichnet die Vorlage als eine Ergänzung des Reichsmilitärgesetzes, die bei der Beratung des letztern verheißener wurde. Die Regierung erhofft die Zustimmung des Reichstags. Die Auffassung der ausländischen Presse, welche in dem Gesetze Eroberungsgefühle fand, sei vollständig grundlos. Der Landsturm sei kein Element der Eroberung, sondern lediglich zur Vertheidigung.

Nach einer kurzen Debatte, in welcher Graf Ballesiren gegen, Koch, Dunder und Graf Bethaus-Duc für die Vorlage sprachen, wird der Entwurf einer 14gliedrigen Commission überwielesen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die militärische Controlle über die Personen des Verlaubtenhandes, der an dieselbe Commission geht.

Nächste Sitzung Montag; auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Reichshaushaltstatats.

Fenilleton.

Redigirt von Otto Sand.

L. Hoftheater. — Abends. — Am 4. November: „Iphigenia auf Tauris“, Schauspiel in 5 Acten von Goethe.

Nach dieser Vorführung eines klassischen Werkes geht die zu den Theaterabenden mit ermäßigten Preisen, und es zeigte sich selbst bei dieser für sehr gewählte Kreise geschaffenen Dichtung wiederum die regste Theilnahme des Publicums. Dies beweist, daß in demselben jene gebildeten Kreise eine große Ausdehnung einnehmen, mehr vielleicht, als anderswo, obgleich überall die Abgrenzungen des Wohlstandes und die der feineren Intelligenz feinerwegs zusammenfallen, sondern in sehr auffallenden Abwechslungen auseinandergehen. Leider ist es nöthig, diese Thatsachen immer wieder zu betonen, da sich hier und da die Meinung geltend macht, als sei es eine Herababwürdigung der Kunst und ihrer nobelen Personen, wenn man ihre Bestimmung erfaßt, daß heißt, wenn man sie für Alle ebenso zugänglich macht, wie sie für Alle geschaffen ist. Der Erfolg fortgesetzter Aufführungen wird am besten die richtige Ansicht über diese ohne schwere Opfer zugänglichen Theatergenüsse geltend machen.

Wie die Antigonebarstellung, hat auch die des Dramas „Iphigenia“ bereits zu den herrlichsten Leistungen unserer Bühne gehört. Doch liegt die Titelrolle dem ausgezeichneten Talente des Hrn. Ulrich näher, als die Antigone, und zwar in demselben Maße und durch dieselbe poetische Weltanschauung, Gefühl und Denkwelt, welche das nicht minder erhabene Goethe'sche Werk von dem des unsterblichen Hellenen unterscheidet.

Posen, Mittwoch, 4. November, Nachmittags. (W. L. Z.) Der durch die Communication des Propstes Kubeczak bekannte Dreaun Kozniowski in Jarocin ist heute, weil er die Herausgabe der Kirchenbücher von Blasiejewski verweigerte, verhaftet und in das Polizeigefängniß zu Pleschen abgeführt worden.

Bayonne, Mittwoch, 4. November, Mittags. (W. L. Z.) Die Carlissen haben heute früh mit dem Bombardement von Iran begonnen. In Fuenterrabia sind gestern 1000 Mann Regierungstruppen gelandet worden.

London, Donnerstag, 5. November. (Tel. d. Dresdner Journ.) Die Kohlengrubenbesitzer von Dean-Forst (Grafschaft Gloucester) haben die Löhne um 10 Procent herabgesetzt.

Bazaine ist heute mit Frau und Kindern auf einem englischen Dampfer nach Lifabon abgereist und geht von dort nach Madrid, wo bereits Wohnung für ihn gemietet ist. Die Nachricht, daß Bazaine der spanischen Regierung seine Dienste angeboten habe, ist unbegründet.

Nach neuerdings hier aus Schanghai eingegangenen Nachrichten erscheint eine friedliche Beilegung der Differenzen zwischen China und Japan wegen Formosa noch zweifelhaft.

New-York, Mittwoch, 4. November, Mittags. (W. L. Z.) Ueber das Resultat der gestrigen Wahlen in den Congreß liegen folgende weitere Mittheilungen vor:

Die Majorität der demokratischen Partei bei den New-York stattgehabten Wahlen beläuft sich auf 40,000 Stimmen. Bei den Wahlen für den Staat New-York wurde zum Gouverneur Fiden, zum Mayor Widham gewählt; die übrigen Staatsämter erhielten Dordheimer, Wagener, Thayer und Miller, welche sämtlich der demokratischen Partei angehören. In Massachusetts wurden zum Congreß 6 Republikaner und 5 Demokraten gewählt. Der Demokrat Gaston trug bei der Wahl des Gouverneurs mit einer Majorität von 6000 Stimmen den Sieg über den Gegenkandidaten, General Butler, davon Kentucky und Texas haben gleichfalls demokratische Deputirte zum Congreß gewählt. In Georgia wurden 9 demokratische Deputirte in den Congreß gewählt; in Delaware wurden ebenfalls die demokratischen Kandidaten gewählt. Bei den Wahlen zur jetztgehenden Versammlung in Kansas siegten die Republikaner. Bei den Congreßwahlen in Nevada und Minnesota wurden sämtliche republikanischen Kandidaten gewählt. In Virginia wurden 6 Demokraten und 3 Republikaner in den Congreß gewählt, in Maryland 5 Demokraten. In Südcarolina ist das Resultat noch zweifelhaft. Ferner sind in den Congreß gewählt: in Tennessee 8 Demokraten (2 Wahlen sind noch nicht bekannt), in Louisiana 1 Republikaner und 5 Demokraten, in Arkansas 4 Demokraten, in New-Jersey 3 Demokraten, in Wisconsin 6 Republikaner und 2 Demokraten.

New-York, Mittwoch, 4. November, Abends. (Tel. d. Dresdner Journ.) Der Ausfall der Congreßwahlen hat in Washington empfindlich berührt und wird dort als Symptom der Anspannung des Landes mit der Regierungspolitik und als Mißtrauensvotum gegen die Regierung betrachtet. Die Republikaner sind nicht entmutigt, sondern vielmehr überzeugt, ein dauernder Umschlag der Stimmung des Landes werde nicht eintreten. Die Presse betrachtet das Wahlergebnis als einen Protest gegen die dritte Präsidentschaftskandidatur Grant's und gegen die schlechte Verwaltung desselben.

Tagesgeschichte.

L. Berlin, 4. November. Der Reichstag erledigte in seiner heutigen Sitzung in dritter Lesung die Postverträge und kleineren Gesetzentwürfe, welche vor gestern zur ersten und zweiten Beratung gestanden hatten. Demnach bot der Gesetzentwurf wegen Ein-

führung der Reichsmünzgesetz in Utsch-Vorbringen mehreren Abgeordneten der rechten Seite Gelegenheit, ihre Bedenken über den im Verkehr auftretenden Mangel an Geldmünzen und die durch die ungenügende Geldbilanz herbeigeführte Ausfuhr von Reichsgoldmünzen in das Ausland zu äußern. Die Vertreter des Bundesraths, geh. Oberregierungsath Dr. Reichel und Staatsminister Compagnon, unterstützten von den Abg. Dr. Bamberger und Mosle, suchten diese Bedenken auf das richtige Maß zurückzuführen. Der Gesetzentwurf selbst fand keine Beanstandung. Die allgemeinen Rechnungen des Norddeutschen Bundes und des deutschen Reiches bis 1871, sowie das rectificirte Budget für 1873 wurden einer 7gliederigen Commission überwiesen, wogegen bezüglich des Gesetzentwurfs über den Marken-schuh Plenarberatung beschlossen wurde. (Vgl. den Sitzungsbericht in der Beilage.) — Der Etat der Postverwaltung für 1875, welcher dem Reichstage zugegangen ist, enthält unter den einmaligen Ausgaben u. A. ein Postulat von 180,000 Mark als erste Rate zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Dresden für die vom Hauptpostamt abzweigende Paketexpedition, sowie für die Oberpostdirection und den Posthalterbetrieb. In den Erläuterungen dazu heißt es:

Die Nothwendigkeit der Beschaffung neuer Dienstgebäude für das Postamt in Dresden ist bereits seit Jahren fühlbar hervorgetreten. Wie die Einwohnerzahl Dresdens in der Zeit von 1852 bis 1871 von 61,000 auf 177,000 gestiegen ist, so hat auch der Postverkehr dazwischen, namentlich während der letzten Jahre, in überraschender Weise zugenommen und erreicht in seiner gegenwärtigen Gestaltung (abgesehen von dem auswärtsgehenden und dem Zeitungsverkehr), nahezu dasjenige von Köln. Zur Veranschaulichung dieses Verhältnisses sind neben dem Hauptpostamt noch und noch innerhalb der Stadt nach 8 Hauptpostämtern eingerichtet worden. Gleichwohl ist dadurch kein entsprechendes Raumangebot bei der Centralpoststelle herbeigeführt worden. Vielmehr hat sich derselbe, namentlich in Bezug auf den Paketverkehr, wegen Anspannung des Platzes, welcher auf einer Fläche von 64 Qd. Meter so beschränkte Leistungen mehrmals täglich gleichzeitig zu leisten muß, bis zu einem wirklichen Nothstande gesteigert. Eine häufige Erweiterung des Hauptpostamtes ist nicht ausführbar, weil das Grundstück des Hauptpostamtes nicht ausreicht und die Möglichkeit der Erlangung angrenzender Terrains auch den bestehenden Verhältnissen ungeschicklich ist. Es wird deshalb beschleunigt die Paketexpedition nach dem nahe gelegenen Postamtgrundstücke, welches einen Flächenraum von 4501 Qd. Meter umfaßt, zu verlegen, in dem dort zu erbauenden Dienstgebäude zugleich die Oberpostdirection unterzubringen und auf diese Weise im Hauptpostgebäude den zur besseren Unterbringung der übrigen Auspostgebühren nötigen Raum frei zu machen. Die Ausführung dieses Planes bedingt zugleich die Abtragung der alten, überaus durchsichtigen, jedoch unzulänglichen Posthaltergebäude und deren Ersatz durch neue. Diese Neubauten sind in der Ausführung zu beschleunigen, um den dem Reichthum zu entsprechen, einen Betrag von 1,800,000 Mark erforderlich, wozu für das erste Baujahr 180,000 Mark in Anspruch zu nehmen sind.

Berlin, 4. November. Se. Majestät der Kaiser begab sich heute Vormittag mittelst Extrazuges nach Potsdam zur Einweihung des großen Militärwaisenhauses dazwischen, wohnte zunächst dem Gottesdienste in der dortigen Garnisonkirche bei und begab sich um 12 Uhr in das Militärwaisenhause, woselbst im Beisein Sr. Majestät die Begrüßung der Anstalt geschehete. Die Rückfahrt nach Berlin erfolgte Mittags nach 12 Uhr. Nachmittags 6 Uhr wurde das Präsidium des Reichstags von Sr. Majestät empfangen. — Morgen Mittag reist Se. Majestät mit den königl. Prinzen über Dresden nach Orlau, um dort am Freitag und Sonnabend Hofjagden abzuhalten. Die Rückkehr von dort nach Berlin erfolgt am Sonnabend Abend. — Wie die „Pr.-Corr.“ heute meldet, gebet der Reichskanzler Fürst Bischoff von seinen Besichtigungen in Lauenburg am 6. November nach Berlin zurückzukehren. — Wie der „D. R. A.“ meldet, erscheint es, nachdem die Vorbereitung der Reichsgesetzgebung über die Gerichtsorganisation und das gerichtliche Verfahren so weit vorgeschritten ist, daß dem Reichstage die bezüglichen Entwürfe zugegangen sind, gebeten, das Reichskanzleramt durch Bildung einer juristisch-technischen Abtheilung sowohl zur Ausübung des ihm verfassungsmäßig zustehenden Aufsichtrechts über die Ausführung der Reichsjustizgesetz,

als auch zur Vorbereitung der weiter auf diesem Gebiete in Aussicht zu nehmenden Gesetzgebung in Stand zu setzen. Kruher den für das ganze Reich der Justizabtheilung zuzufallenden Aufgaben wird dieselbe bei dem, demselben Bereiche angehörigen Geschäften der Centralverwaltung Utsch-Vorbringen zu betheiligen sein. Die Besetzung der Stellen wird indeß nur allmählich vorgenommen werden, je nachdem ein erweitertes Bedürfnis sich geltend macht und genügende Kräfte sich zur Verfügung stellen. Es liegt namentlich in der Utsch, thumlich Juristen aus den verschiedenen deutschen Reichsgebieten in die Abtheilung zu ziehen, damit die Kenntniß der in den verschiedenen Theilen des Reichsgebietes vorhandenen Gesetzgebung und bestehenden Zustände durch Mitglieder vertreten sei, die sich bisher inmitten dieser Verhältnisse bewegt haben. Die Geschäftslocalitäten für die Abtheilung werden in dem Dienstgebäude des Reichskanzleramts zur Verfügung stehen. — Nach der „R. A.“ hatte am Dienstag Nachmittags Graf Arnim in seinem hiesigen Palais wieder ein anderthalbstündiges Verhör vor dem Untersuchungsrichter Pescatore zu bestehen.

Der „D. R. A.“ publicirt heute folgenden, an den Reichskanzler ergangenen allerhöchsten Erlaß, betreffend die Einrichtung eines beratenden Landesausschusses für Utsch-Vorbringen:

„Um den Wünschen entgegenzukommen, welche von Vertretern der Interessen des Reichthums auf den Besichtigungen kundgegeben worden sind, und von der Abtheilung, die die Verwaltung bei der Vorbereitung der Landesgesetzgebung durch die Ausführung und Einwirkung von Männern bedürfen zu sehen, welche durch das Vertrauen ihrer Mitbürger ausgezeichnet sind, möge ich die Besetzung der Utsch-Vorbringen, in Zukunft unter der Aufsicht von Utsch-Vorbringen, über solche Angelegenheiten, welche der Reichsgesetzgebung durch die Besetzung nicht vorbehalten sind, einschließlich des Landeshaushalts, einem aus Mitgliedern der Besetzung zu bildenden Landesausschuss zur gütlichen Beratung vorzulegen, che sie dem nach § 3 des Gesetzes vom 9. Juni 1871 und nach § 8 des Gesetzes vom 25. Juni 1873 zutreffenden Factoren der Reichsgesetzgebung zur Beschlußfassung zugehen. Auch will ich die ermächtigten, über Verwaltungsvorschriften allgemeiner Bedeutung, welche nach der bestehenden Gesetzgebung nicht der Verwaltung oder Beschlußfassung der Besetzung unterliegen, die gütliche Beratung unter Vorlegung zu vernehmen.“

Der Landesausschuss wird aus Mitgliedern der Besetzung bestellt, welche die Utsch-Vorbringen einladen werden, je nach ihrer Willigkeit dazu zu wählen, sowie der Besetzung, welche für den Fall der Verhinderung der Mitglieder in der durch die Wahl bestimmten Folgeordnung einzutreten werden. Die Wahl geschieht mit einfacher Stimmenmehrheit in gemeinsamer Sitzung am 20. Jahre. Die Besetzung ist ein Jahr, jedoch der Besetzung am 1. März, 1. Juni und 1. September zu bestimmen, behalte ich mir vor. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Der Landesausschuss wählt in der ersten Sitzung für die Dauer der jetzigen Besetzung einen Vorsitzenden, einen Vertreter derselben, sowie die erforderlichen Schriftführer. Er beschließt über seine Geschäftsordnung und kann zur Vorbereitung seiner Besetzung Commissionsmitglieder ernennen.

Die zur Beratung bestimmten Vorlagen gehen ihm durch den Oberpräsidenten zu, welcher berechtigt ist, den Vorschlägen und den Commissionenberatungen beizuwohnen und sich zu betheiligen durch Commissionäre vertreten zu lassen. Der Oberpräsident und seine Vertreter müssen auf Verlangen jederzeit geladen werden. Die abgehenden Gutachten enthalten die Beschlüsse der Plenarversammlung und die Begründung derselben. Auch die in der Utsch-Vorbringen geliebten Anträge sind darin vorzutragen. Es werden in begünstigter Aufwertung dem Oberpräsidenten durch den Besetzung zugestellt. Die Mitglieder des Landesausschusses erhalten Diäten und Reisekosten. Die dadurch aus der Utsch-Vorbringen durch die Sitzungen entstehenden Kosten sind auf den Landeshaushalt zu bringen. Ich ermächtige Sie, die zur Ausführung dieses Meines Befehles, welcher durch das Gesetzblatt für Utsch-Vorbringen bekannt zu machen ist, erforderlichen Anordnungen zu treffen. Berlin, den 29. October 1874. Wilhelm. Fürst v. Bismarck.“

als auch zur Vorbereitung der weiter auf diesem Gebiete in Aussicht zu nehmenden Gesetzgebung in Stand zu setzen. Kruher den für das ganze Reich der Justizabtheilung zuzufallenden Aufgaben wird dieselbe bei dem, demselben Bereiche angehörigen Geschäften der Centralverwaltung Utsch-Vorbringen zu betheiligen sein. Die Besetzung der Stellen wird indeß nur allmählich vorgenommen werden, je nachdem ein erweitertes Bedürfnis sich geltend macht und genügende Kräfte sich zur Verfügung stellen. Es liegt namentlich in der Utsch, thumlich Juristen aus den verschiedenen deutschen Reichsgebieten in die Abtheilung zu ziehen, damit die Kenntniß der in den verschiedenen Theilen des Reichsgebietes vorhandenen Gesetzgebung und bestehenden Zustände durch Mitglieder vertreten sei, die sich bisher inmitten dieser Verhältnisse bewegt haben. Die Geschäftslocalitäten für die Abtheilung werden in dem Dienstgebäude des Reichskanzleramts zur Verfügung stehen. — Nach der „R. A.“ hatte am Dienstag Nachmittags Graf Arnim in seinem hiesigen Palais wieder ein anderthalbstündiges Verhör vor dem Untersuchungsrichter Pescatore zu bestehen.

Der „D. R. A.“ publicirt heute folgenden, an den Reichskanzler ergangenen allerhöchsten Erlaß, betreffend die Einrichtung eines beratenden Landesausschusses für Utsch-Vorbringen:

„Um den Wünschen entgegenzukommen, welche von Vertretern der Interessen des Reichthums auf den Besichtigungen kundgegeben worden sind, und von der Abtheilung, die die Verwaltung bei der Vorbereitung der Landesgesetzgebung durch die Ausführung und Einwirkung von Männern bedürfen zu sehen, welche durch das Vertrauen ihrer Mitbürger ausgezeichnet sind, möge ich die Besetzung der Utsch-Vorbringen, in Zukunft unter der Aufsicht von Utsch-Vorbringen, über solche Angelegenheiten, welche der Reichsgesetzgebung durch die Besetzung nicht vorbehalten sind, einschließlich des Landeshaushalts, einem aus Mitgliedern der Besetzung zu bildenden Landesausschuss zur gütlichen Beratung vorzulegen, che sie dem nach § 3 des Gesetzes vom 9. Juni 1871 und nach § 8 des Gesetzes vom 25. Juni 1873 zutreffenden Factoren der Reichsgesetzgebung zur Beschlußfassung zugehen. Auch will ich die ermächtigten, über Verwaltungsvorschriften allgemeiner Bedeutung, welche nach der bestehenden Gesetzgebung nicht der Verwaltung oder Beschlußfassung der Besetzung unterliegen, die gütliche Beratung unter Vorlegung zu vernehmen.“

Der Landesausschuss wird aus Mitgliedern der Besetzung bestellt, welche die Utsch-Vorbringen einladen werden, je nach ihrer Willigkeit dazu zu wählen, sowie der Besetzung, welche für den Fall der Verhinderung der Mitglieder in der durch die Wahl bestimmten Folgeordnung einzutreten werden. Die Wahl geschieht mit einfacher Stimmenmehrheit in gemeinsamer Sitzung am 20. Jahre. Die Besetzung ist ein Jahr, jedoch der Besetzung am 1. März, 1. Juni und 1. September zu bestimmen, behalte ich mir vor. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Der Landesausschuss wählt in der ersten Sitzung für die Dauer der jetzigen Besetzung einen Vorsitzenden, einen Vertreter derselben, sowie die erforderlichen Schriftführer. Er beschließt über seine Geschäftsordnung und kann zur Vorbereitung seiner Besetzung Commissionsmitglieder ernennen.

Die zur Beratung bestimmten Vorlagen gehen ihm durch den Oberpräsidenten zu, welcher berechtigt ist, den Vorschlägen und den Commissionenberatungen beizuwohnen und sich zu betheiligen durch Commissionäre vertreten zu lassen. Der Oberpräsident und seine Vertreter müssen auf Verlangen jederzeit geladen werden. Die abgehenden Gutachten enthalten die Beschlüsse der Plenarversammlung und die Begründung derselben. Auch die in der Utsch-Vorbringen geliebten Anträge sind darin vorzutragen. Es werden in begünstigter Aufwertung dem Oberpräsidenten durch den Besetzung zugestellt. Die Mitglieder des Landesausschusses erhalten Diäten und Reisekosten. Die dadurch aus der Utsch-Vorbringen durch die Sitzungen entstehenden Kosten sind auf den Landeshaushalt zu bringen. Ich ermächtige Sie, die zur Ausführung dieses Meines Befehles, welcher durch das Gesetzblatt für Utsch-Vorbringen bekannt zu machen ist, erforderlichen Anordnungen zu treffen. Berlin, den 29. October 1874. Wilhelm. Fürst v. Bismarck.“

liches Verständniß, mit warmem Ausdruck seiner Theilnahme und äußerst klarer, innerlich belebter Gestaltung. Sehr schön gelang die Ausführung der Gabe von A. Rubinstein, und diese, poetisch und phantasiereich in Conception und Ausführung, geistig sorgsam und mit strenger Wahl durchgearbeitet, — wezu der Hinblick auf Beethoven anspornte — zeigt die hohe Begabung Rubinstein's ungetrübter von Flüchtigkeit und ausschweifender Willkür. Franklin D. Walton erwarb sich lebhaften Beifall durch den Vortrag dreier Lieder (mit Violoncello) von J. Dürner und durch die gefanglich schwierige Production einer Arie aus der Oper „Gemma di Vercelli“ von Schumann, deren Bedeutung indeß erst in der dramatischen Situation verständlich werden kann. G. Sand.

Preisaufgaben. Von der Leipziger Universität sind für das gegenwärtige Studienjahr folgende Preisaufgaben gestellt worden: Die theologische Facultät wünscht: „disquisitio institutio de epistola ad Colossenses datae origine Pauliana.“ Die juristische: „Es sollen die Grundsätze über die Uebernahme fremder Schulden, soweit sie dem Handeltreibenden angehören, behandelt werden. Es sind die einzelnen von dem Handeltreibenden erwähnten Fälle durchzugehen und ganz besonders die Fragen zu erörtern, inwiefern beim Eintritt zu einer Societät oder bei dem Erwerb einer fremden Firma eine Uebernahme fremder Schulden stattfindet.“ Die medicinische: „Die Reinalkaliverbindungen bei Bergfrankenstein.“ Die philosophische: (I. R.) „do Cicero studio antiquarum.“ (II. R.) „In welchem Verhältnisse steht Herbart's Begründung der Ethik durch die Lehre von den praktischen Ideen zu Kant's Grundlegung zur Metaphysik der Sitten?“ (III. R.)